

Schweiz

Bundesrat Merz fällt mit Steuerabzug für Weiterbildung durch

Wer sich umschult oder für einen beruflichen Aufstieg büffelt, soll künftig die Ausbildungskosten von den Steuern abziehen können. Der sehr tiefe Maximalbetrag führt bei links und rechts aber zu massiver Kritik.

Von David Schaffner, Bern

Eigentlich hat das Parlament dem Bundesrat in seiner Motion einen klaren Auftrag gegeben: Menschen, die sich weiterbilden und etwas für ihre Karriere tun, sollen steuerlich besser fahren. Der Bund soll ihnen im Gegensatz zu heute nicht nur dann einen Abzug gewähren, wenn sie sich für den Erhalt ihrer Stellung weiterbilden. Neu sollen sie auch die Kosten für eine freiwillige Umschulung oder einen angepeilten beruflichen Aufstieg abziehen können.

Da sich der Bundesrat schon früh gegen eine solche Änderung ausgesprochen hat, hat er den Auftrag aus dem Parlament wohl nur widerwillig angenommen und nun zu einem «Buebecktrickli» gegriffen, wie der grüne Zürcher Kantonsrat Ralf Margreiter kritisiert: Zwar will das federführende Eidgenössische Finanzdepartement unter Hans-Rudolf Merz den Begriff der Weiterbildung auf Umschulungen und Kurse für einen beruflichen Aufstieg ausweiten. Im Unterschied zu heute soll aber ein Maximalbetrag von jährlich 4000 Franken gelten. «Das ist ein Witz», sagen Politiker von rechts bis links zur Vernehmlassung, die Finanzminister Merz noch bis am 7. August durchführt. Dem Parlament schwebte zwar ebenfalls eine Obergrenze vor, es nannte aber keinen konkreten Betrag.

«Kurskosten für eine gute Weiterbildung sind deutlich höher als 4000 Franken», meint Gerhard Pfister, Zuger CVP-Nationalrat und Präsident des Privatschulen-Verbandes Swiss Schools. Der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser sagt, dass in seiner Firma die Angestellten «teilweise Weiterbildungen für 40 000 Franken absolvieren» würden. «Eine anerkannte Weiterbildung ist nicht billig», erklärt Noser. «Der Bund müsste eigentlich dafür sorgen, dass er die anerkannten Ausbildungsgänge unterstützt und nicht wie nun vorgesehen die billigeren Kurse, für deren Besuch es kein anerkanntes Diplom gibt.» Solche seien in der Arbeitswelt meistens wertlos.

Streit um Maximalbetrag

Noser und der Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger schlagen daher vor, dass der Bundesrat gar keine Begrenzung vorsehen soll. «Und wenn schon, dann höchstens bei Umschulungen», wie Noser ergänzt. Einen jährlichen Höchstbetrag lehnt Noser indes auch bei Umschulungen ab: «Intelligenter wäre ein Höchstbetrag für eine Dauer von 10 Jahren.» Es sei unrealistisch, dass eine Person jedes Jahr einige Tausend Franken ausbebe. Eher lasse sich jemand innerhalb von rund 10 Jahren einmal während zweier aufeinanderfolgender Jahre intensiv umschulen. Dann

würden in dieser Zeit sehr hohe Kosten anfallen und danach gar keine mehr. Für einen Maximalbetrag, aber einen deutlich höheren, sprechen sich Gerhard Pfister und der Arbeitnehmerverband KV Schweiz aus. Dem Grünen Ralf Margreiter schwebt als Verbandsmitarbeiter ein Maximalabzug von «mindestens 12 000 Franken» vor.

Der Kanton Zürich verlangt in seiner Vernehmlassungsantwort «eine Erhö-

Bern und Zürich fürchten, dass 20 Prozent der Steuerpflichtigen mit dem neuen Vorschlag schlechter fahren.

hung des Gesamtbetrags oder einen Verzicht auf eine Beschränkung». Bern will unter keinen Umständen eine Obergrenze. Beide Kantone fürchten, dass der neue Maximalbetrag für «rund 20 Prozent der steuerpflichtigen Personen» zu einer Verschlechterung führe. Sie könnten anders als heute «ihre selbst getragenen Weiterbildungskosten nicht mehr vollumfänglich zum Abzug bringen».

Indirekt würde der Maximalbetrag sogar für jene Personen zu einer Ver-

schlechterung führen, deren Weiterbildungskosten die Firma übernimmt. Denn heute gilt: Nur wenn die Ausbildungskosten jährlich über 12 000 Franken liegen, muss der Mehrbetrag als Lohnbestandteil ausgewiesen und versteuert werden. «Diese Regel könnte nicht mehr aufrechterhalten werden», schreibt Zürich. Kosten, die den Betrag von 4000 Franken übersteigen, müssten künftig dem steuerbaren Lohn zugerechnet werden.

Verkraftbare Steuerausfälle

Keine Sorgen bereiten Bern und Zürich die Mindereinnahmen, die ein höherer Maximalbetrag mit sich bringen würde: Beim Bund führt die Gesetzesänderung bei einem Maximalbetrag von 4000 Franken zu geschätzten Steuerausfällen von 5 Millionen Franken. Würde der Bund den maximalen Abzug auf 10 000 Franken erhöhen, wären es 7 bis 8 Millionen Franken.

Mit welchen Einbussen die Kantone rechnen müssten, ist gemäss Finanzdepartement schwierig zu sagen. Denn viele Kantone interpretieren wie Zürich oder Bern den Begriff der Weiterbildung bereits heute grosszügiger als der Bund. Bei einer Obergrenze von 4000 Franken müssten die Kantone mit höchstens 35 Millionen Franken Mindereinnahmen rechnen, schätzt der Bund.

Nachrichten

Suchtpolitik

Polizei: Entkriminalisierung von Drogen ist ein «Unsinn»

Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) hält nichts von der Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen vorschlägt (TA von gestern). Der Vorschlag sei «völliger Unsinn», lässt sich VSPB-Präsident Heinz Buttauer in einem Communiqué zitieren. Bei der Debatte handle es sich um eine «Zwängerei gewisser Kreise, von einer bewährten Drogenpolitik abzurücken», schreibt der VSPB. Der Verband warnt vor einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen und der Gefährdung der Jugend. Der VSPB erinnert zudem an den Volkswillen. 2008 habe sich das Schweizer Volk deutlich gegen die Legalisierung von Drogen ausgesprochen. Damals verwarfen 63,3 Prozent der Stimmenden eine Volksinitiative, die Straffreiheit für den Cannabis-Konsum gefordert hatte. (SDA) *Portrait François van der Linde Seite 9*

Parteien

Über 1000 Reaktionen auf neues SP-Parteiprogramm

Das neue Parteiprogramm der SP schlägt bei der Basis hohe Wellen. Nach Ablauf der Eingabefrist Ende Juli sind über 1000 Änderungsanträge und Stellungnahmen eingegangen. Am meisten diskutiert wird laut einem Sprecher der Passus zur Überwindung des Kapitalismus. Gemäss neuem Programm soll er ersetzt werden durch das Ziel der «Demokratisierung der Wirtschaft». Ein heisses Eisen ist auch die EU. Den Beitritt zur EU stellten die Parteimitglieder zwar nicht infrage. Verlangt werde aber ein kritischerer Umgang mit der Sozialpolitik der EU. (SDA)

Für Temposünder gibt es bald keine Schlupflöcher mehr

Die Radartechnik auf den Strassen wird immer raffinierter. Wer zu schnell fährt, kommt kaum mehr ungeschoren davon.

Von Erwin Haas

Noch ein Monat, und der Testradar im Arisdorftunnel Richtung Süden auf der A2 in Baselland geht in Betrieb. Mit der neuen Technologie messen die Radargeräte nicht mehr die Geschwindigkeit eines Autos an einem bestimmten Punkt. Sie erfassen zu Beginn einer 1,8 Kilometer langen Strecke die Nummernschilder. Beim Ausfahrtsportal nehmen die Kameras ein zweites Bild auf, und der Computer in der Tunnelzentrale errechnet die Durchschnittsgeschwindigkeit. Ist diese zu hoch, werden die Temposünder gebüsst (siehe Grafik unten).

Das Bundesamt für Strassen (Astra) will diese «Sektionskontrolle» auch zwischen Aigle und Bex VD und bei Baustellen testen. In Italien, Österreich und Holland haben sich die schweren Unfälle auf solchen Strecken nahezu halbiert. Gleichzeitig bleibe das abrupte Abbremsen mit «Handorgeleffekt» vor den Radarkästen aus, sagt Sprecher Thomas Rohrbach. Die Geräte könnten auch gesuchte Fahrzeuge und Vignettensünder erspähen. Vorerst will das Astra mit dem 1,6 Millionen Franken teuren Versuch klären, ob sich die Technik für die kleinräumige Schweiz eignet.

Keine Chance für Raser

Radarfällen auszutricksen, wird wegen solcher Innovationen immer schwieriger. In den 60er-Jahren reichten warnendes Lichtglimmen und Abbremszeichen aus dem Fenster. Dann kam die Funkvernetzung mit dem Citizens-Band-Radio in den 70ern. Heute warnen vor Radars aktuelle Standortverzeichnisse im Internet, elektronische Sensoren im Auto, Pager-Systeme, SMS-Alarm-Klubs und iPhone-Apps - auch wenn solche technischen Hilfsmittel seit 30 Jahren verboten sind.

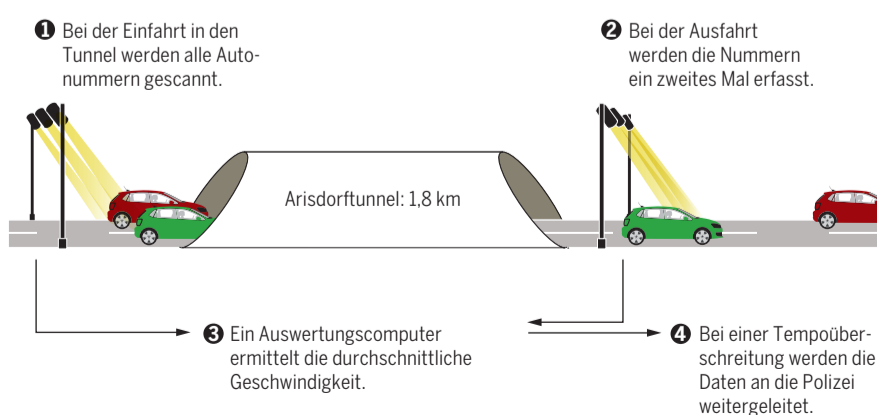
Doch die Gesetzeshüter haben die Nase in diesem Räuber-und-Poli-Spiel gegenüber den Tempobolzern vorn; und und zwar nicht erst, seit sie ihre Radargeräte wie in Schwyz in einem Grüngutcontainer oder wie in Obwalden in einem Abbruchhaus versteckten. Die neueste Generation von Überwachungsgeräten ist unüberwindbar: Im Boden eingelassene Induktionsschwellen und



Abschnittskontrollen machen es möglich: Wer im Tunnel - oder auch sonstwo - zu schnell fährt, wird gebüsst. Foto: Caro, Keystone

Die neue Superfalle gegen Tempobolzer

Ein neues System ermittelt die Geschwindigkeit nicht an einem Punkt, sondern über längere Abschnitte*



* Ab Herbst sind im Arisdorftunnel BL und zwischen Aigle und Bex VD zwei festinstallierte sowie schweizweit eine mobile Anlage mit Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen im Einsatz.

TA-Grafik san / Quelle: TA

nicht «vorhersehbare» Lasergeräte mit 1000 Meter Reichweite lassen den Uneinsichtigen keine andere Wahl, als den Gasfuss zu entspannen.

Wettern gegen «Abzockerei»

Die neueste Entwicklung des Schweizer Marktleaders für Radargeräte, der Multanova in Uster, wird zurzeit in Genf getestet und ist gemäss der «SonntagsZeitung» bald für den Ernstfall bereit: eine 75 000 Franken teure Anlage, die den Verkehr auf Kreuzungen mit vierspürigen Strassen mit hieb- und stichfesten Beweisbildern zu überwachen vermag. Der Tracking-Radar hält mit Sequenzfotos ganze Verkehrssituationen fest. Er kann 22 Fahrzeuge aufs Mal erfassen und registriert ab 2011 nicht nur Geschwindigkeitsübertretungen und die Missachtung von Rotlichtern.

Das Gerät hält auch fest, wer ein Stoppsignal oder eine Sicherheitslinie überfährt, wer ein Abbiegeverbot missachtet oder in eine Einbahnstrasse fährt.

Verkehrskontrollen

Klagen aus Deutschland

Dass die Schweiz in Sachen Radarfallen aufrüstet, hat sich auch im Ausland herumgesprochen, speziell in Deutschland. Ein deutsches Online-Reisebüro hat den Eidgenossen kürzlich gar vorgeworfen, der «Abkassiermeister der deutschen Autofahrer» zu sein. Der Grund liegt bei den vielen Bussen, die sich deutsche Autofahrer hierzulande wegen Tempo-, Park- und anderen Verkehrsünden einhandeln, - und die nach deutschem Empfinden zu schnell zu hoch ausfallen: «Wer nur 20 km/h auf der Autobahn zu schnell fährt, dem werden rund 200 Euro aufgebremst», klagte der Pressesprecher von Ab-in-den-Urlaub.de. Es solle auch vorkommen, dass Polizisten Deutsche direkt zur nächsten Bank bitten, um das Geld an Ort und Stelle einzukassieren.

Tatsächlich gehen den kantonalen Polizeikörpern jede Woche zwischen 4000 und 7000 mutmassliche deutsche Verkehrssünder ins Netz. So häufig jedenfalls fragen sie beim Bundesamt für Strassen nach den Namen und Adressen von erwischten Autofahrern. Bei einer geschätzten Bussenhöhe von durchschnittlich 80 Franken bringt dies pro Jahr immerhin Einnahmen zwischen 16 und 30 Millionen Franken ein - vorausgesetzt, die Gebüsten zahlen auch. Zumindest nach Erfahrung der Zürcher Stadtpolizei ist dies indes bei den Deutschen meist der Fall. «Ihre Zahlungsmoral ist hoch», heisst es. (fri)

Zudem misst es den Abstand zwischen zwei Fahrzeugen und registriert Überholmanöver.

Kontrollgegner wie die Radar-Infozentrale oder der Baselbieter FDP-Landrat Patrick Schäfli fürchten den totalen Überwachungsstaat und wettern gegen die «Abzockerei» des Staates auf Strassen. Für Multanova-Chef Stefan Guggisberg, der seinen Profitvorteil nicht abstreitet, macht der Ausbau der Kontrollen aber auch aus Sicherheitsgründen Sinn. Verkehrsminister Moritz Leuenberger habe sich hinter jeder Hausecke einen Radarkasten gewünscht. Er habe diesen Wunsch zwar im übertragenen Sinn geäussert - aber durchaus zu Recht, wie Guggisberg sagt: «Je mehr Radargeräte es gibt und je weniger die Autofahrer wissen, wo sie stehen, desto wirksamer. Dann haben sie dauernd das Gefühl, anständig fahren zu müssen.» Er kann sich gut vorstellen, dass Abschnittskontrollen dereinst auch kleinräumig in Dörfern eingesetzt werden.

[Startseite](#)

 [Suche](#)

SCHWEIZ

[Aboservice](#) · [Marktplatz](#) · [Züritipp](#) · [Wetter](#):

- ZÜRICH
- SCHWEIZ
- AUSLAND
- WIRTSCHAFT
- BÖRSE
- SPORT
- KULTUR
- PANORAMA
- LEBEN
- DIGITAL
- AUTO
- DOSSIERS

[Bildstrecken](#)

Für Temposünder gibt es bald keine Schlupflöcher mehr

Von Erwin Haas. Aktualisiert um 07:20 Uhr [32 Kommentare](#)

[f](#) | [|](#) | [|](#)

Die Radartechnik auf den Strassen wird immer raffinierter. Wer zu schnell fährt, kommt kaum mehr ungeschoren davon.

Schweiz

- 07:12 [Für Temposünder gibt es bald keine Schlupflöcher mehr](#)
- 04:00 [Kassen und Ärzte streiten um Rechnungen](#)
- 04:00 [Basel will nach 37 Jahren endlich wieder einen Bundesrat](#)
- 20:13 [«Völliger Unsinn»](#)
- 17:16 [Fetz verzichtet auf Bundesratskandidatur](#)
- 17:14 [Steht das Alpenbad vor dem Aus?](#)

Die neue Superfalle: So soll Tempobolzern das Handwerk gelegt werden.

Verkehrskontrollen

Klagen aus Deutschland

Dass die Schweiz in Sachen Radarfallen aufrüstet, hat sich auch im Ausland herumgesprochen, speziell in Deutschland. Ein deutsches Online-Reisebüro hat den Eidgenossen kürzlich gar vorgeworfen, der «Abkassiermeister der deutschen Autofahrer» zu sein. Der Grund liegt bei den vielen Bussen, die sich deutsche Autofahrer hierzulande wegen Tempo-, Park- und anderen Verkehrssünden einhandeln, – und die nach deutschem Empfinden zu schnell zu hoch ausfallen: «Wer nur 20 km/h auf der Autobahn zu schnell fährt, dem werden rund 200 Euro aufgebremmt», klagte der Pressesprecher von Ab-in-den-Urlaub.de. Es solle auch vorkommen, dass Polizisten Deutsche direkt zur nächsten Bank bitten, um das Geld an Ort und Stelle einzukassieren.

Tatsächlich gehen den kantonalen Polizeikörpers jede Woche zwischen 4000 und 7000 mutmassliche deutsche Verkehrssünder ins Netz. So häufig jedenfalls fragen sie beim Bundesamt für Strassen nach den Namen und Adressen von erwischten Autofahrern. Bei einer geschätzten Bussenhöhe von durchschnittlich 80 Franken bringt dies pro Jahr immerhin Einnahmen zwischen 16 und

Noch ein Monat, und der Testradar im Arisdorftunnel Richtung Süden auf der A 2 in Baselland geht in Betrieb. Mit der neuen Technologie messen die Radargeräte nicht mehr die Geschwindigkeit eines Autos an einem bestimmten Punkt. Sie erfassen zu Beginn einer 1,8 Kilometer langen Strecke die Nummernschilder. Beim Ausfahrtsportal nehmen die Kameras ein zweites Bild auf, und der Computer in der Tunnelzentrale errechnet die Durchschnittsgeschwindigkeit. Ist diese zu hoch, werden die Temposünder gebüsst (siehe Grafik unten).

Das Bundesamt für Strassen (Astra) will diese «Sektionskontrolle» auch zwischen Aigle und Bex VD und bei Baustellen testen. In Italien, Österreich und Holland haben sich die schweren Unfälle auf solchen Strecken nahezu halbiert. Gleichzeitig bleibe das abrupte Abbremsen mit «Handorgeleffekt» vor den Radarkästen aus, sagt Sprecher Thomas Rohrbach. Die Geräte könnten auch gesuchte Fahrzeuge und Vignettensünder erspähen. Vorerst will das Astra mit dem 1,6 Millionen Franken teuren Versuch klären, ob sich die Technik für die kleinräumige Schweiz eignet.

Bootsdrama auf dem Bielersee

Wende im Drama auf dem Bielersee: Die Polizei hat einen Hauptverdächtigen. Ob der Mann der Todesfahrer ist, ist unklar, auch weitere Fragen bleiben offen. Wir haben die Fakten gesammelt.

[Zum Dossier](#)

Der Fall Jörg Kachelmann

Der Schweizer Wettermoderator ist aus der U-Haft entlassen. Er soll seine frühere Lebensgefährtin vergewaltigt haben. Kommt es tatsächlich noch zur Anklage? Die neuesten Fakten, alle Hintergründe.

[Wetterfrosch im Tornado](#)

BODY COACH ▶

[Der BodyCoach hilft Ihnen, gesund und nachhaltig](#)

30 Millionen Franken ein – vorausgesetzt, die Gebüssten zahlen auch. Zumindest nach Erfahrung der Zürcher Stadtpolizei ist dies indes bei den Deutschen meist der Fall. «Ihre Zahlungsmoral ist hoch», heisst es.

Artikel zum Thema

- ▶ [Auch Nagelbrett kann Raser nicht stoppen](#)
- ▶ [Raser muss fünfjährige Strafe absitzen](#)
- ▶ [Das hat Autobahn-Raser Hamilton zu befürchten](#)
- ▶ [Datenschützer warnt vor Internetgiganten und kritisiert Pranger für Raser](#)

Stichworte

- ▶ [Raser](#) 

Keine Chance für Raser

Radarfallen auszutricksen, wird wegen solcher Innovationen immer schwieriger. In den 60er-Jahren reichten warnendes Lichtthupen und Abbremszeichen aus dem Fenster. Dann kam die Funkvernetzung mit dem Citizens-BandRadio in den 70ern. Heute warnen vor Radars aktuelle Standortverzeichnisse im Internet, elektronische Sensoren im Auto, Pager-Systeme, SMS-Alarm-Klubs und iPhone-Apps – auch wenn solche technischen Hilfsmittel seit 30 Jahren verboten sind.

Doch die Gesetzeshüter haben die Nase in diesem Räuber-und-Poli-Spiel gegenüber den Tempobolzern vorn; und und zwar nicht erst, seit sie ihre Radargeräte wie in Schwyz in einem Grüngutcontainer oder wie in Obwalden in einem Abbruchhaus versteckten. Die neuste Generation von Überwachungsgeräten ist unüberwindbar: Im Boden eingelassene Induktionsschwellen und nicht «vorhersehbare» Lasergeräte mit 1000 Meter Reichweite lassen den Uneinsichtigen keine andere Wahl, als den Gasfuss zu entspannen.

Wettern gegen «Abzockerei»

Die neuste Entwicklung des Schweizer Marktleaders für Radargeräte, der Multanova in Uster, wird zurzeit in Genf getestet und ist gemäss der «SonntagsZeitung» bald für den Ernstfall bereit: eine 75 000 Franken teure Anlage, die den Verkehr auf Kreuzungen mit vierspurigen Strassen mit hieb- und stichfesten Beweisbildern zu überwachen vermag. Der Tracking-Radar hält mit Sequenzenfotos ganze Verkehrssituationen fest. Er kann 22 Fahrzeuge aufs Mal erfassen und registriert ab 2011 nicht nur Geschwindigkeitsübertretungen und die Missachtung von Rotlichtern.

Das Gerät hält auch fest, wer ein Stoppsignal oder eine Sicherheitslinie überfährt, wer ein Abbiegeverbot missachtet oder in eine Einbahnstrasse fährt. Zudem misst es den Abstand zwischen zwei Fahrzeugen und registriert Überholmanöver.

Kontrollgegner wie die Radar-InfoZentrale oder der Baselbieter FDP-Landrat Patrick Schäfli fürchten den totalen Überwachungsstaat und wettern gegen die «Abzockerei» des Staates auf Strassen. Für Multanova-Chef Stefan Guggisberg, der seinen Profitvorteil nicht abstreitet, macht der Ausbau der Kontrollen aber auch aus Sicherheitsgründen Sinn. Verkehrsminister Moritz Leuenberger habe sich hinter jeder Hausecke einen Radarkasten gewünscht. Er habe diesen Wunsch zwar im übertragenen Sinn geäussert – aber durchaus zu Recht, wie Guggisberg sagt: «Je mehr Radargeräte es gibt und je weniger die Autofahrer wissen, wo sie stehen, desto wirksamer. Dann haben sie dauernd das Gefühl, anständig fahren zu müssen.» Er kann sich gut vorstellen, dass Abschnittskontrollen dereinst auch kleinräumig in Dörfern eingesetzt werden.

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 03.08.2010, 07:37 Uhr

KOMMENTAR SCHREIBEN

Vorname* Name*

PLZ* Wohnort* Ausland

E-Mail-Adresse*

Der Bodycoach hilft Ihnen, gesund und motiviert abzunehmen. Er stellt einen individuellen Ernährungsplan zusammen, erstellt Einkaufslisten, schlägt Rezepte vor und unterstützt Sie beim Training.

Grösse (in cm)

Gewicht (in kg)

Geschlecht

Meistgelesen in der Rubrik Schweiz

- 1 [Für Temposünder gibt es bald keine Schlupflöcher mehr](#)
- 2 [Am Start waren nur erfahrene Modellflieger](#)
- 3 [Steht das Alpenbad vor dem Aus?](#)
- 4 [«Völliger Unsinn»](#)
- 5 [Basel will nach 37 Jahren endlich wieder einen Bundesrat](#)
- 6 [Bund lanciert hitzige Debatte: Entkriminalisierung aller Drogen](#)

Roger Schaeli bloggt aus Grönland



Roger Schaeli will durch eine 1400-Meter-Wand auf einen grönländischen Gipfel klettern. Das Abenteuer können [Tagesanzeiger.ch/Newsnetz](#)-Leserinnen und -Leser hautnah miterleben: Schaeli bloggt täglich und multimedial.

▶ [Zum Kletterblog](#)

VIP DAYS ▶ WETTBEWERB

Wettbewerb

Orange im Globus

Mit Orange im Globus 3 Tage Luxus gewinnen

Weltwirtschaft für Dummies



Aufschwung oder Rezession, Inflation oder Deflation, Frankenhoch und Eurotief – was kommt auf uns zu? Zehn Antworten auf die drängendsten Fragen zur Weltkonjunktur.

▶ [Artikel](#)